

Aufgrund der §§ 9, 15 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16.12.1969 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.03.2005 (GVBl. I S. 218, 229), hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Riedwerke Kreis Groß-Gerau in ihrer Sitzung am 14.12.2010 die nachfolgende Neufassung der Satzung des Zweckverbandes neu beschlossen.

SATZUNG DES ZWECKVERBANDES RIEDWERKE KREIS GROSS-GERAU

(Südhessen-Woche Kreis Groß-Gerau Nr. 6 vom 10.02.2011)

§ 1 Name, Sitz

- (1) Der Zweckverband führt den Namen Riedwerke Kreis Groß-Gerau.
- (2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Groß-Gerau.
- (3) Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16.12.1969 (GVBl. I, S. 307). Er verwaltet sich selbst unter eigener Verantwortung durch seine Organe.

§ 2 Mitglieder

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Groß-Gerau und die Städte und Gemeinden des Kreises.

§ 3 Rechtsnachfolge

Der Zweckverband übernimmt als Gesamtrechtsnachfolger des seitherigen Wasser- und Bodenverbandes Riedwerke Kreis Groß-Gerau und des seitherigen Zweckverbandes für den Kraftwagenbetrieb „Nördliches Ried“, die sich mit Ablauf des 31.12.1983 aufgelöst haben, die Aktiva und Passiva dieser Verbände nach Maßgabe der Schlussbilanzen zum 31.12.1983 und tritt in all deren Rechte und Pflichten ein. Er führt die Aufgaben dieser Verbände in vollem Umfang fort.

§ 4 Aufgaben

- (1) Der Zweckverband hat folgende Aufgaben:
 - a) Wasserversorgung
 - b) Abfallentsorgung
 - c) Öffentlicher Personennahverkehr
 - d) Förderung der beruflichen Bildung.

Der Umfang dieser Aufgaben wird nachfolgend näher geregelt.

a) Wasserversorgung

Der Zweckverband hat die Mitgliedsgemeinden mit Trink- und Brauchwasser zu versorgen und die hierzu notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben. Er wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um auf lange Sicht im Kreis Groß-Gerau die Deckung des Bedarfs an einwandfreiem Trink- und Betriebswasser zu sichern. Der Zweckverband kann Wassermengen, die von den Verbandsmitgliedern nicht benötigt werden, im Benehmen mit der Oberen Wasserbehörde auch an andere Gemeinden oder an Dritte abgeben. Er kann auch Wassermengen, die von anderen Wasserversorgungsunternehmen gefördert werden, annehmen und erforderlichenfalls mit Hilfe seiner Anlagen an die Abnehmer durchleiten. Zur Erledigung dieser Aufgaben kann er sich Dritter bedienen.

b) Abfallentsorgung

Der Zweckverband übernimmt vom Kreis Groß-Gerau dessen Pflichten auf dem Gebiet der Abfallentsorgung nach den Vorschriften des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz – KrW-/AbfG) vom 27.09.1994 in der jeweils geltenden Fassung und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (HAKA) vom 23.05.1997 in der jeweils geltenden Fassung. Zur Erledigung dieser Aufgaben kann er sich Dritter bedienen.

c) Öffentlicher Personennahverkehr

Der Zweckverband hat den öffentlichen Personennahverkehr im Kreis Groß-Gerau zu fördern. Dem Zweckverband obliegt die ihm vom Kreistag des Kreises Groß-Gerau übertragene Aufgabe zur Wahrnehmung der Aufgabenträgerschaft im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes sowie die Zuständigkeit im Sinne des § 4 Regionalisierungsgesetzes. Gleichzeitig übernimmt er die Aufgaben der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft.

Mit dem organisatorisch von den Aufgaben der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft getrennt geführten Verkehrsbetrieb kann er sich als Wettbewerber an Vergabeverfahren von Linienverkehren beteiligen. Im Rahmen seiner Möglichkeiten kann er sich auch im Gelegenheitsverkehr betätigen.

Zur Erledigung dieser Aufgaben kann er sich Dritter bedienen.

d) Förderung der beruflichen Bildung

Der Zweckverband hat die berufliche Bildung insbesondere junger Menschen im Kreis Groß-Gerau zu fördern. Dazu bedient er sich der Ausbildungsverbund Metall gmbH. Zur Erledigung dieser Aufgabe kann er sich weiterer Dritter bedienen.

(2) Der Zweckverband kann im Einzelfall nach Beauftragung für den Kreis Groß-Gerau Aufgaben der Beratung und Förderung im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz erfüllen. Zur Erledigung dieser Aufgaben kann er sich Dritter bedienen.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Die Belieferung der Verbandsmitglieder mit Trinkwasser durch die Hessenwasser GmbH & Co. KG genießt Vorrang. Über die Wasserabgabe und -abrechnung sind jeweils entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Die Verbandsmitglieder sind nicht verpflichtet, von der Hessenwasser GmbH & Co. KG Trinkwasser abzunehmen. Sie sind berechtigt, vorhandene eigene Wasserversorgungsanlagen zu betreiben.

(2) Der Kreis Groß-Gerau hat Anspruch auf Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen und Transporteinrichtungen zu den Gestehungskosten.

§ 6 Verbandsorgane

Organe des Zweckverbandes sind

- a) die Verbandsversammlung
- b) der Aufsichtsrat
- c) der Verbandsvorstand.

§ 7 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus drei Vertretern/Vertreterinnen des Kreises Groß-Gerau und je einem Vertreter/einer Vertreterin der übrigen Verbandsmitglieder.

(2) Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit gewählt. Sie üben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit bis zum Amtsantritt der neu gewählten Vertreter/Vertreterinnen weiter aus. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein/e Stellvertreter/Stellvertreterin zu wählen. Mitglieder des Verbandsvorstandes, des Aufsichtsrates und Bedienstete des Zweckverbandes können nicht gleichzeitig als Vertreter/Vertreterin eines Verbandsmitgliedes der Verbandsversammlung angehören.

(3) Sind Vertreter/Vertreterinnen eines Verbandsmitgliedes oder deren Stellvertreter/Stellvertreterin zum Zeitpunkt ihrer Wahl Bedienstete oder Mandatsträger eines Verbandsmitgliedes, so scheiden sie mit dem Wegfall dieser Eigenschaft aus der Verbandsversammlung aus.

§ 8 Stimmverteilung

In der Verbandsversammlung verfügen die Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau über je 1 Stimme. Die Stimmen des Kreises Groß-Gerau betragen jeweils eine

Stimme mehr als die Summe der Stimmen der Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau. Die Stimmen des Kreises Groß-Gerau können nur einheitlich abgegeben werden.

§ 9 Leitung und Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung wählt für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte eine/n Vorsitzende/n und zwei Stellvertreter/innen.

(2) Der/Die Vorsitzende der Verbandsversammlung leitet die Verbandsversammlung und beruft sie schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag muss mindestens eine Woche liegen. Enthält die Tagesordnung eine Änderung der Verbandssatzung, ist die Einladung 6 Wochen vor dem Sitzungstermin den Mitgliedern zuzustellen. In eiligen Fällen kann der/die Vorsitzende der Verbandsversammlung die Ladungsfrist abkürzen, jedoch muss die Ladung spätestens am Tage vor der Sitzung zugehen. Auf die verkürzte Ladungsfrist ist in der Ladung hinzuweisen.

(3) Die Verbandsversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Sie ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Viertel der Stimmen der Verbandsversammlung oder der Verbandsvorstand dies unter Angabe der Verhandlungsgegenstände verlangen.

(4) Zu ihrer ersten Sitzung nach Ablauf einer Wahlzeit wird die Verbandsversammlung von dem Landrat/der Landrätin des Kreises Groß-Gerau einberufen; diese/r leitet die Sitzung bis zur Wahl der/des Vorsitzenden.

(5) Zu den Sitzungen der Verbandsversammlung sind der Aufsichtsrat und der Verbandsvorstand zu laden.

§ 10 Zuständigkeit der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung beschließt über alle wichtigen Angelegenheiten des Zweckverbandes und die ihr durch das KGG und die Verbandssatzung zugewiesenen Aufgaben. Sie kann die Entscheidung über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:

1. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrates, soweit sich aus § 12 nichts anderes ergibt.
2. Erlass, Änderung und Aufhebung von Satzungen.
3. Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan.
4. Festsetzung der Verbandsumlage.
5. Zustimmung zu Erfolg gefährdenden Mehraufwendungen und zu Mehrausgaben nach Maßgabe des § 25.

6. Feststellung des Jahresabschlusses. Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes sowie über Verlustausgleichsleistungen für den Bereich Öffentlicher Personennahverkehr.
7. Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss.
8. Festlegung von Grundsätzen für Dienst- und Anstellungsverhältnisse.
9. Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen den Mitgliedern des Vorstandes und dem Verband.
10. Übernahme von Bürgschaften, Bestellung anderer Sicherheiten und Aufnahme von Krediten, soweit diese nicht bereits im Wirtschaftsplan ausgewiesen sind.
11. Beschlussfassung über die Umgestaltung und die Auflösung des Zweckverbandes.

§ 11 Beschlussfähigkeit der Verbandsversammlung und Abstimmung

- (1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen ist und mindestens zwei Drittel der satzungsmäßigen Stimmen vertreten sind.
- (2) Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht das KGG oder die Verbandssatzung eine größere Mehrheit bestimmen.
- (3) Über Angelegenheiten, die nicht auf der Einladung zu der Sitzung vereinbart sind, kann nur mit Zustimmung von drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmen verhandelt und beschlossen werden.
- (4) Die durch die Aufnahme und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern oder die Änderung der Verbandsaufgaben bedingten Änderungen der Verbandssatzung sowie die Auflösung des Zweckverbandes bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln, sonstige Änderungen der Verbandssatzung der Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmzahl der Verbandsversammlung.

§ 12 Zusammensetzung des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus
 - der Landrätin/dem Landrat oder einem von ihr/ihm bestimmten Mitglied des Kreisausschusses als Vorsitzender/m,
 - je einem Mitglied des Kreisausschusses für jede darin vertretene Partei/Wählergruppe,
 - sieben von der Verbandsversammlung zu wählenden Mitgliedern,
 - einem Mitglied, das von der Gemeinde Büttelborn vorgeschlagen wird und von der Verbandsversammlung zu wählen ist,

- zwei Vertretern des Personalrates der Riedwerke, die auf seinen Vorschlag für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates von der Verbandsversammlung zu wählen sind,
- der/dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung mit beratender Stimme,
- der/dem Vorsitzenden des Kreistages des Kreises Groß-Gerau mit beratender Stimme.

(2) § 7 Abs. 3 gilt für das Ausscheiden von Aufsichtsratsmitgliedern entsprechend.

(3) Der Aufsichtsrat wählt die/den stellvertretenden Vorsitzenden aus seiner Mitte.

§ 13 Amtszeit, Entschädigung

(1) Der Aufsichtsrat wird auf die Dauer der Wahlzeit des Kreistages berufen.

(2) Die ausscheidenden Mitglieder bleiben bis zum Eintritt der neuen Mitglieder im Amt.

(3) Die Aufsichtsratsmitglieder sind ehrenamtlich tätig.

§ 14 Zuständigkeit des Aufsichtsrates

(1) Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann die Vorstandsmitglieder jederzeit abberufen.

(2) Zu den Aufgaben des Aufsichtsrates gehören insbesondere

1. Beratung über den Wirtschaftsplan und seine Nachträge
2. Beratung über den Jahresabschluss, den Anlagennachweis und die Erfolgsübersicht
3. Vorbereitung der Sitzungen der Verbandsversammlung.

(3) Der Aufsichtsrat erlässt die Geschäftsordnung für den Vorstand. In dieser werden insbesondere die durch den Aufsichtsrat zustimmungsbedürftigen Geschäfte genannt.

(4) Der Aufsichtsrat kann die Bücher und Akten des Zweckverbandes einschließlich der Kasse einsehen und prüfen.

§ 15 Leitung und Einberufung des Aufsichtsrates

(1) Die Sitzungen des Aufsichtsrates werden von der/dem Aufsichtsratsvorsitzenden, im Falle seiner/ihrer Verhinderung von seinem/seiner Stellvertreter/in geleitet. Bei Verhinderung des/der Aufsichtsratsvorsitzenden und des/der Stellvertreter/in wird zu Beginn der Sitzung ein Aufsichtsratsmitglied mit der Sitzungsleitung durch Mehrheitsbeschluss bestimmt.

(2) Für die Einberufung des Aufsichtsrates gilt § 9 Abs. 2 entsprechend. In unaufschiebbaren Fällen bedarf es keiner Frist.

(3) Der /Die Aufsichtsratsvorsitzende beruft den Aufsichtsrat nach Bedarf ein. Auf Verlangen von 3 Aufsichtsratsmitgliedern muss der/die Aufsichtsratsvorsitzende eine Sitzung einberufen.

§ 16 Beschlussfähigkeit und Abstimmung des Aufsichtsrates

(1) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen ist und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Aufsichtsratsmitglieder anwesend sind.

(2) Jedes Aufsichtsratsmitglied hat eine Stimme. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des mit der Sitzungsleitung beauftragten Aufsichtsratsmitgliedes den Ausschlag.

(3) Im Bedarfsfall kann der/die Aufsichtsratsvorsitzende, im Verhinderungsfall der/die Stellvertreter/in, in einfachen Angelegenheiten Beschlüsse des Aufsichtsrates im Umlaufverfahren herbeiführen, sofern kein Mitglied diesem Verfahren widerspricht.

§ 17 Vorbereitung der Aufsichtsratssitzungen

Der Aufsichtsratsvorsitzende bereitet gemeinsam mit dem Vorstand die Beschlüsse des Aufsichtsrates vor und führt sie aus.

§ 18 Zusammensetzung des Verbandsvorstandes

(1) Der Verbandsvorstand besteht aus

- dem/der Verbandsdirektor/in als Vorsitzender/n (Vorstandsvorsitzende/n),
- bis zu zwei weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern.

(2) Der Verbandsvorstand wählt den/die Stellvertreter/in des/der Vorstandsvorsitzenden aus seiner Mitte.

(3) § 7 Abs. 3 gilt für das Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern entsprechend.

§ 19 Amtszeit, Entschädigung

(1) Der Verbandsvorstand, ausgenommen der/die Vorstandsvorsitzende, wird in der Regel für die Dauer der Wahlzeit des Kreistages gewählt.

(2) Die Vorstandsmitglieder sind haupt- oder nebenamtlich tätig.

§ 20 Zuständigkeit des Verbandsvorstandes

(1) Der Verbandsvorstand vertritt den Zweckverband und führt die laufenden Verwaltungsangelegenheiten/Geschäfte des Zweckverbandes, soweit sie nicht nach dem KGG oder der Verbandssatzung dem Aufsichtsrat oder der Verbandsversammlung vorbehalten sind.

(2) Zu den Aufgaben des Verbandsvorstandes gehören insbesondere:

1. die Aufstellung des Wirtschaftsplanes und seiner Nachträge
2. die Aufstellung des Jahresabschlusses, des Anlagennachweises und der Erfolgsübersicht
3. die Einstellung und Entlassung von Beschäftigten
4. die Ernennung, Beförderung, Entlassung und Ruhestandsversetzung von Beamten/Beamtinnen
5. der Erlass einer Geschäftsanweisung für den/die Vorstandsvorsitzende/n.

§ 21 Leitung und Einberufung des Verbandsvorstandes

(1) Die Sitzungen des Verbandsvorstandes werden von der/dem Vorstandsvorsitzenden, im Falle seiner/ihrer Verhinderung von seinem/seiner Stellvertreter/in geleitet.

(2) Für die Einberufung des Verbandsvorstandes gilt § 9 Abs. 2 entsprechend. In unaufschiebbaren Fällen bedarf es keiner Frist.

(3) Der /Die Vorstandsvorsitzende beruft den Verbandsvorstand nach Bedarf ein. Auf Verlangen von 2 Vorstandsmitgliedern muss der/die Vorstandsvorsitzende eine Sitzung einberufen.

§ 22 Beschlussfähigkeit und Abstimmung des Verbandsvorstandes

(1) Der Verbandsvorstand ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen ist und mindestens 2 Vorstandsmitglieder anwesend sind.

(2) Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des mit der Sitzungsleitung beauftragten Vorstandsmitgliedes den Ausschlag.

(3) Im Bedarfsfall kann der/die Vorstandsvorsitzende, im Verhinderungsfall der/die Stellvertreter/in, in einfachen Angelegenheiten Beschlüsse des Verbandsvorstandes im Umlaufverfahren herbeiführen, sofern kein Mitglied diesem Verfahren widerspricht.

§ 23 Geschäfte des/der Vorstandsvorsitzenden

(1) Der/die Vorstandsvorsitzende, im Falle seiner/ihrer Verhinderung, sein/ihr Stellvertreter/in bereitet die Beschlüsse des Verbandsvorstandes vor und führt sie aus. Er leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang der gesamten Verwaltung und sorgt für den geregelten Ablauf der Verwaltungsgeschäfte.

(2) Soweit nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder der Verbandssatzung oder wegen der Bedeutung der Sache der Vorstand im Ganzen berufen ist, werden die laufenden Verwaltungsangelegenheiten von dem/der Vorstandsvorsitzenden selbstständig erledigt.

(3) Der/die Vorstandsvorsitzende, im Falle seiner/ihrer Verhinderung, sein/ihr Stellvertreter/in kann in dringenden Fällen, wenn die vorherige Entscheidung des Verbandsvorstandes nicht eingeholt werden kann, die erforderlichen Maßnahmen von sich aus anordnen. Er/Sie hat unverzüglich dem Verbandsvorstand hierüber zu berichten.

(4) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind nur rechtsverbindlich, wenn sie von dem/der Vorstandsvorsitzenden oder seinem/seiner Stellvertreter/in sowie von einem weiteren Vorstandsmitglied handschriftlich unterzeichnet sind.

(5) Bei Geschäften der laufenden Verwaltung unterzeichnen der/die Vorstandsvorsitzende, sein/ihr Stellvertreter/in oder weitere Unterschriftsberechtigte nach der in der Dienstordnung getroffenen Regelung der Unterzeichnungsbefugnisse.

§ 24 Verbandswirtschaft

(1) Auf die Wirtschafts- und Haushaltsführung des Zweckverbandes finden nach Maßgabe des § 18 Abs. 2 KGG die Vorschriften über die Eigenbetriebe in Verbindung mit den für Gemeinden geltenden Vorschriften (§ 7 Abs. 2 KGG) sinngemäß Anwendung.

(2) Für die einzelnen Aufgabenbereiche Wasserversorgung, Abfallentsorgung, Öffentlicher Personennahverkehr und Förderung der beruflichen Bildung erfolgt eine getrennte Rechnungslegung. Die auf den jeweiligen Aufgabenbereich entfallenden Kosten sind von den übrigen Kosten abzugrenzen und ursachengerecht zuzuordnen und abzurechnen. Eine Verlustabdeckung erfolgt innerhalb der einzelnen Aufgabenbereiche. Bei Beauftragung nach § 4 Abs. 2 trägt nur der Kreis Groß-Gerau die Kosten.

(3) Das Anlagevermögen ist nach den Grundsätzen des Abs. 2, Sätze 1 und 2 den einzelnen Aufgabenbereichen zuzuordnen und in getrennten Anlagennachweisen aufzuführen. Die Zuordnung der Anlagen zu den jeweiligen Bereichen zum 01.01.1984 ergibt sich aus den Anlagennachweisen der Schlussbilanzen des seitherigen Wasser- und Bodenverbandes Riedwerke Kreis Groß-Gerau und des seitherigen Zweckverbandes für den Kraftwagenbetrieb „Nördliches Ried“ zum 31.12.1983.

(4) Unbeschadet der Regelung des Abs. 2 werden die gewerblichen Aufgabenbereiche Wasserversorgung und Öffentlicher Personennahverkehr zu einem steuerlichen Betriebsverbund zusammengefasst. Fehlbeträge des Bereiches Öffentlicher Personennahverkehr sind durch Überschüsse des Bereiches Wasserversorgung auszugleichen. Dabei ist sicherzustellen, dass – soweit ein entsprechender Gewinn im Bereich Wasserversorgung erzielt wurde – ein Jahresgewinn in Höhe von 10 % der am Anfang des Wirtschaftsjahres bilanzierten Investitionsumlage beider Aufgabenbereiche (§ 27 Absatz 1) ausgewiesen wird (sog. Mindestgewinn). Zu diesem Zweck haben die im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr gemäß § 28 Abs. 1 umlagepflichtigen Verbandsmitglieder erforderlichenfalls Ausgleichszahlungen zu leisten.

§ 25 Mehrausgaben

Mehrausgaben für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die den Betrag von 5 % des Vermögensplanvolumens im Wirtschaftsjahr überschreiten, bedürfen der vorherigen Zustimmung der Verbandsversammlung. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung der Verbandsversammlung die Zustimmung des/der Aufsichtsratsvorsitzenden - oder im Falle seiner/ihrer Verhinderung - seines/ihrer Stellvertreters. Er/sie hat dem Aufsichtsrat und der Verbandsversammlung alsbald davon Kenntnis zu geben.

§ 26 Verbandsumlage

(1) Der Zweckverband kann von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken.

(2) Die Verbandsumlage kann als Investitionsumlage zur Finanzierung von Investitionen erhoben werden.

(3) Sie kann auch als Betriebskostenumlage zur Deckung der Betriebskosten festgesetzt werden. Wesentliche nachhaltige Verluste, deren Deckung nicht durch künftige Erträge und Zuschüsse von dritter Seite gesichert sind, müssen ausgeglichen werden.

(4) Im Aufgabenbereich Öffentlicher Personennahverkehr können nur Verbandsmitglieder zur Verbandsumlage herangezogen werden, für die gemäß § 28 Abs. 1 Umlagepflicht besteht.

(5) Die Höhe der Umlagen ist im Wirtschaftsplan für jedes Rechnungsjahr festzusetzen. Die Kommunen leisten auf dieser Basis monatliche Abschlagszahlungen, welche jeweils am 15. des Monats fällig werden.

§ 27 Investitionsumlagen

(1) Von den bisherigen Verbandsmitgliedern des Wasser- und Bodenverbandes Riedwerke Kreis Groß-Gerau und des Zweckverbandes „Nördliches Ried“ wurde eine Gesamtinvestitionsumlage von 764.381,37 € erbracht, die sich auf die Aufgabenbereiche wie folgt aufteilt:

a) Wasserversorgung	178.952,16 €
b) Abfallentsorgung	306.775,13 €
c) Öffentlicher Personennahverkehr	278.654,08 €.

Auf die einzelnen Verbandsmitglieder entfallen folgende Umlageleistungen:

Aufgabenbereich öffentl. Verbandsmitglieder	Wasserversorgung		Abfallentsorgung		Personennahverkehr	
	%	€	%	€	%	€
Kreis Groß-Gerau	51,00	91.265,60	51,00	156.455,32	48,62	135.492,35
Gemeinde Biebesheim	1,41	2.530,89	1,41	4.325,53	1,83	5.112,92
Gemeinde Bischofsheim	2,89	5.174,27	2,89	8.865,80	-	-
Gemeinde Büttelborn	2,08	3.727,32	2,08	6.380,92	5,51	15.338,76
Stadt Gernsheim	2,33	4.172,14	2,33	7.147,86	1,83	5.112,92
Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	3,61	6.452,50	3,61	11.074,58	1,83	5.112,92
Stadt Groß-Gerau	5,05	9.034,53	5,05	15.492,14	11,01	30.677,51
Stadt Kelsterbach	3,33	5.966,78	3,33	10.215,61	-	-
Stadt Mörfelden-Walldorf	5,59	9.980,42	5,59	17.148,73	0,92	2.556,46
Gemeinde Nauheim	1,56	2.796,77	1,56	4.785,70	4,59	12.782,30
Stadt Raunheim	1,82	3.262,04	1,82	5.583,31	-	-
Stadt Riedstadt	3,80	6.805,30	3,80	11.657,45	4,59	12.782,30
Stadt Rüsselsheim	12,31	22.026,45	12,31	37.764,02	9,18	25.564,59
Gemeinde Stockstadt	1,05	1.881,55	1,05	3.221,14	1,83	5.112,92
Gemeinde Trebur	2,17	3.875,60	2,17	6.657,02	8,26	23.008,13
Gesamt	100,00	178.952,16	100,00	306.775,13	100,00	278.654,08

(2) Künftige Investitionsumlagen werden in dem Aufgabenbereich Wasserversorgung nach den in Absatz 1 geregelten Anteilen erhoben. Im Aufgabenbereich Öffentlicher Personennahverkehr werden künftige Investitionsumlagen analog der Betriebskostenumlage gemäß § 28 (1) erhoben. Im Aufgabenbereich Abfallentsorgung hat nur der Kreis Groß-Gerau Umlageleistungen zu erbringen. Die Umlage bemisst sich nach dem Kostenumfang der erforderlichen Investitionen.

§ 28 Betriebskostenumlage

(1) Die jährliche Betriebskostenumlage der Verbandsmitglieder für das Aufgabengebiet Öffentlicher Personennahverkehr wird zu 50 %, jedoch mindestens in Höhe von 1,5 Mio. € vom Kreis Groß-Gerau getragen. Das restliche Defizit wird zwischen den Kommunen, mit Ausnahme der Stadt Rüsselsheim, entsprechend den tatsächlich mit Bus und Bahn im Stadt- bzw. Gemeindegebiet erbrachten Verkehrsleistungen nach dem Schlüssel 75 % Haltestellenabfahrten und 25 % Zug-/Buskilometer umgelegt. Fahrleistungen auf dem Gebiet der Kommune ohne Halt in der Stadt bzw. Gemeinde sowie Leistungen, die nicht im Grundangebot des Nahverkehrsplanes des Kreises Groß-Gerau enthalten sind, sind dabei nicht zu berücksichtigen

Als Betriebskosten gelten dabei,

- die direkten beim Betrieb der Riedwerke anfallenden Betriebskosten und sämtliche durch das Grundangebot des vom Kreistag des Kreises Groß-Gerau beschlossenen Nahverkehrsplan bedingten Betriebskosten, bezogen auf den jeweils gültigen Fahrplan sowie
- sämtliche dem Kreis in seiner Eigenschaft als Aufgabenträger für den ÖPNV entstehenden Kosten mit Ausnahme von Investitionsaufwendungen nach Abzug aller Einnahmen und dem Verlustausgleich aus dem Bereich Wasserversorgung im Rahmen des steuerlichen Betriebsverbundes.

(2) Im Aufgabenbereich Wasserversorgung wird eine etwaige Betriebskostenumlage auf der Basis der im § 27 (1) festgelegten prozentualen Anteile erhoben.

(3) Im Aufgabenbereich Abfallentsorgung ist nur der Kreis Groß-Gerau umlagepflichtig. Die Umlage ist nach dem Gesamtumfang der dem Verband in diesem Bereich entstehenden Kosten zu bemessen.

§ 29 Prüfung, Feststellung des Jahresabschlusses

(1) Der Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) und Lagebericht sind durch den von der Verbandsversammlung bestimmten Wirtschaftsprüfer zu prüfen.

(2) Die dauernde Überwachung der Verbandskasse sowie die regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen obliegen dem Rechnungsprüfungsamt des Kreises Groß-Gerau. Für die Durchführung der Kassenprüfungen gelten die Vorschriften über die Kassenführung der Gemeinden sinngemäß.

(3) Der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers sind der Verbandsversammlung vorzulegen, die den Jahresabschluss innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Wirtschaftsjahres feststellt.

(4) Der Vorstand legt die Prüfungsberichte und eine Mitteilung über die Feststellung des Jahresabschlusses der Aufsichtsbehörde vor.

§ 30 Dienstherreneigenschaft, Dienstkräfte

(1) Der Zweckverband führt die Arbeitsverhältnisse mit allen Bediensteten des seitherigen Wasser- und Bodenverbandes Riedwerke Kreis Groß-Gerau und des seitherigen Zweckverbandes für den Kraftwagenbetrieb „Nördliches Ried“ zu den bisherigen Anstellungsbedingungen weiter.

(2) Der Zweckverband hat das Recht, Beamte zu ernennen.

(3) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes sind hauptamtliche Bedienstete von denjenigen Verbandsmitgliedern zu übernehmen, die Anlagen des Zweckverbandes weiter betreiben. Ist mit der Auflösung des Zweckverbandes eine Veräußerung oder Stilllegung der Anlagen verbunden, so sind die hauptamtlichen Bediensteten von den Verbandsmitgliedern im Verhältnis ihrer Beteiligung an der Verbandsumlage gemäß § 27 Abs. 1 zu übernehmen.

§ 31 Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Satzungen, Verordnungen, sowie Beschlüsse, Hinweise, Mitteilungen und Genehmigungen, die im Zusammenhang mit Rechtssetzungsverfahren oder zum Begründen von Ansprüchen erforderlich sind, sowie alle übrigen Bekanntmachungen erfolgen durch Abdruck in der Zeitung „Südhessen Woche (Amtsblatt des Kreises Groß-Gerau)“. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des Erscheinungstages vollendet, an dem diese den bekannt zu machenden Text erhält.

(2) Satzungen, Verordnungen und sonstige öffentliche Bekanntmachungen treten am Tage nach Vollendung der Bekanntmachung in Kraft, sofern sie selbst keinen anderen Zeitpunkt bestimmen.

(3) Sind Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte und Erläuterungen bekannt zu machen, so werden sie abweichend von Abs. 1 für die Dauer von 7 Arbeitstagen, wenn gesetzlich nicht ein anderer Zeitraum vorgeschrieben ist, während der Dienststunden der Verwaltung am Sitz der Riedwerke, zur Einsicht für jede Person ausgelegt. Gegenstand, Ort (Anschrift, Gebäude und Raum), Tageszeit und Dauer der Auslegung werden spätestens am Tage vor deren Beginn nach Abs. 1 öffentlich bekannt gemacht. Gleiches gilt, wenn eine Rechtsvorschrift öffentliche Auslegung vorschreibt und keine besonderen Bestimmungen enthält. Die öffentliche Bekanntmachung ist mit Ablauf des Tages vollendet, an dem der Auslegungszeitraum endet.

(4) Kann die Bekanntmachungsform nach Abs. 1 wegen eines Naturereignisses oder anderer unabwendbarer Zufälle nicht angewandt werden, so genügt jede andere Art der Bekanntgabe, insbesondere durch Anschlag oder öffentlichen Ausruf. In diesen Fällen wird die Bekanntmachung, sofern sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist, in der Form des Abs. 1 unverzüglich nachgeholt.

(5) Die Landrätin oder der Landrat des Kreises Groß-Gerau ist ermächtigt, die Verbandssatzung mit dem Genehmigungsvermerk der Aufsichtsbehörde für den Zweckverband namens des Vorstandes nach Abs. 1 öffentlich bekannt zu machen.

(6) Die Verbandsgemeinden können durch Veröffentlichung in ortsüblicher Form auf die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes hinweisen. Diese Hinweise sind keine Wirksamkeitsvoraussetzung für die öffentlichen Bekanntmachungen nach Absatz 1.

§ 32 Auflösung des Zweckverbandes

Bei Auflösung des Zweckverbandes wird das nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des Zweckverbandes nach dem Verhältnis der Beteiligung an der Investitionsumlage gemäß § 27, getrennt nach den jeweiligen Aufgabenbereichen, auf die Verbandsmitglieder verteilt. Die Verbandsversammlung kann durch einstimmigen Beschluss andere Vereinbarungen über die Verteilung des nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibenden Vermögens treffen. Die Abwicklung des Zweckverbandes wird durch den Vorstand in seiner Besetzung vor dem Auflösungsbeschluss durchgeführt, sofern die Verbandsversammlung nichts anderes beschließt.

§ 33 Anwendung der Hessischen Gemeindeordnung

Auf den Zweckverband finden die Vorschriften der Hess. Gemeindeordnung sinnngemäße Anwendung, soweit nicht das KGG oder diese Verbandssatzung etwas anderes bestimmen.

§ 34 Inkrafttreten der Satzung

(1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung in der Fassung vom 09.07.2009 außer Kraft.

Groß-Gerau, den 14.12.2010

gez. Oschinski
Vorstandsvorsitzender

Genehmigung

Hiermit genehmige ich gemäß § 21 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16.12.1969 (GVBl. I S.307), zuletzt geändert durch Gesetze vom 21. März 2005 (GVBl. I S. 218 und 229), die Aufgabenänderung in § 4 der Verbandssatzung im Rahmen der Neufassung der Satzung des Zweckverbandes Riedwerke Kreis Groß-Gerau vom 14. Dezember 2010 aufgrund des von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 KGG gefassten Beschlusses vom 14. Dezember 2010.

Darmstadt, den 18. Januar 2011
Regierungspräsidium Darmstadt
I 16 - 3 u 02/01 (3) - 7 -

Im Auftrag


Claudia Köttig-Gross

